

BUCHBESPRECHUNGEN

CHRISTIAN FRIEDRICH MENGER
DER BEGRIFF DES SOZIALEN RECHTS-
STAATES IM BONNER GRUNDGESETZ

J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1953, 34 Seiten,
Preis 1,90 DM.

Die Wichtigkeit der vorliegenden Abhandlung ergibt sich aus der immer wieder gestellten Frage, ob die Bundesregierung in den vergangenen Jahren die ihr im Grundgesetz vom Gesetzgeber gestellte Aufgabe, einen „sozialen Rechtsstaat“ zu schaffen, erfüllt hat. Die Frage wird sehr unterschiedlich beantwortet, je nach der Deutung des Begriffs. Auf der einen Seite meint man, daß es sich hier um einen „substanzlosen Blankettbegriff“ handelt (*Wilhelm Grewe*), der zu nichts verpflichtet, auf der anderen Seite ist man der Auffassung, daß der Gesetzgeber durch das Bekenntnis zum „sozialen Rechtsstaat“ den Regierenden eindeutig die Aufgabe gestellt hat, einen echten, auf „Daseins Vorsorge“ gerichteten Wohlfahrtsstaat zu verwirklichen.

Menger gibt in seiner Abhandlung einen ausgezeichneten Überblick über die Geschichte und Problematik des Begriffs und bekennt sich selbst zu einer ethischen Interpretation des „Sozialen“ im Sinne der gegenseitigen Rücksichtnahme. Er deutet den Begriff sozialer Rechtsstaat als „Gerechtigkeitsstaat“. Man mag den Schlußfolgerungen des Verfassers widersprechen — man wird ihm aber Dank wissen für seine Bemühung um die Klärung der Konzeption des sozialen Rechtsstaates, mit der, wie Menger mit Recht sagt, „innerstaatlich die Schicksalsfrage an die Nation gestellt ist“.

WP

DEUTSCHLAND IM WIEDERAUFBAU

Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1952. Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Auslieferung: Deutscher Bundesverlag GmbH, Bonn. DIN A 4, 246 Seiten, Preis 4,20 DM.

Wie für jedes Jahr, so hat die Bundesregierung auch für 1952 einen umfangreichen Tätigkeitsbericht vorgelegt. Die Ressortministerien, das Amt Blank und die Bundesvertretung Berlin geben darin Auskunft über die in ihrem Geschäftsbereich geleistete Arbeit und die Mittel, die zur Lösung der zahlreichen poli-

tischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme angewandt wurden. Es ist bezeichnend, daß der Bericht des Bundesfinanzministers am meisten Raum beansprucht, war doch gerade auf finanzpolitischem Gebiet eine Fülle von Aufgaben zu bewältigen, die — neben den wirtschafts- und außenpolitischen Fragen — die besondere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen. In einem Vorwort weist Bundeskanzler *Dr. Adenauer* auf die von seiner Regierung erzielten Erfolge hin. Durch die Veröffentlichung dieser Berichte werden der Allgemeinheit Unterlagen zugeleitet, die es dem interessierten Staatsbürger ermöglichen, sich ein Bild von der Arbeit der Ministerien zu machen und zusammen mit den Publikationen der Opposition und allen anderen kritischen Stellungnahmen zu einem eigenen Urteil zu kommen. rb

HANDBUCH SOZIALDEMOKRATISCHER POLITIK

Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Neuer Vorwärts-Verlag, 275 Seiten, Preis 6,— DM.

In Form eines alphabetisch angeordneten Handbuches, das über 300 Kurzbeiträge enthält, legt hier der Vorstand der SPD einen Kommentar zu dem auf dem Dortmunder Parteitag 1952 beschlossenen Aktionsprogramm vor. Mehr als 80 Sozialdemokraten, meist namhafte Sachkenner, haben an diesem handlichen und übersichtlichen Werk mitgearbeitet. Die Leistung der Redaktion, die die große Zahl der Mitarbeiter zu einem Team zusammenfaßte, verdient hohe Anerkennung. Von „Amnestie“ bis „Zwecksparen“ können sich hier Freunde und Gegner der SPD über die Haltung der Partei zu allen Fragen des öffentlichen Lebens orientieren. Man möchte wünschen, daß alle wesentlichen politischen Parteien die Öffentlichkeit so ausführlich und klar verständlich über die Zielsetzungen ihrer Politik informieren.

In einer neuen Auflage sollte das alphabetische Stichwortverzeichnis noch durch ein nach Sachgebieten (Außenpolitik, Wirtschaft usw.) aufgegliedertes Verzeichnis ergänzt werden. Dadurch könnte die Benutzung des Buches noch erleichtert werden. WP

WILHELM MOMMSEN DEUTSCHE PARTEIPROGRAMME

Isar Verlag Dr. Günter Olzog, München 1952, 200 S. Preis Hl. 8,40 DM.

Da ein großes Bedürfnis nach einem reinen Quellenwerk bestand, aus dem die innenpolitische Entwicklung der letzten hundert Jahre offenbar wird, hat Prof. Wilhelm Mommsen die vorliegende Auswahl deutscher Parteiprogramme vom Vormärz bis zur Gegenwart besorgt. Er beschränkte sich dabei auf die Zu-

sammenstellung der wichtigsten Dokumente und verzichtete fast völlig auf Anmerkungen. Den einzelnen Kapiteln wird lediglich eine kurze Übersicht über die verschiedenen parteipolitischen Strömungen vorangestellt. Wilhelm Mommsen gibt zunächst die programmatischen Erklärungen der konservativen Gruppen, der liberalen, christlich-katholischen und sozialistischen Parteien bis zum Jahre 1918 wieder. In einem zweiten Teil werden die Programme der Parteien des Weimarer Staates vorgeführt. Von den Verlautbarungen der jetzigen Parteien enthält das Buch die Grundsätze der CDU/CSU aus dem Jahr 1950, die Erklärung des SPD-Vorstandes über die sozialdemokratische Politik vom 30. August 1949, die Erklärung der Internationalen Sozialistenkonferenz in Frankfurt (1951) über Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus, das Manifest der FDP von 1949, die Richtlinien des Zentrums (1951), das Programm der Bayernpartei (1949), Weg und Wollen der DP (1949), den Schlußteil der Entschließung der Delegiertenkonferenz der KPD vom 5./6. März 1949 sowie die Grundsätze und Ziele der SED aus dem Jahr 1946. rb

LUDWIG BERGSTRÄSSER

GESCHICHTE DER POLITISCHEN PARTEIEN IN DEUTSCHLAND

Isar Verlag Dr. Günter Olzog, München 1952, 33? S. Preis Hl. 12 DM.

Die kommenden Bundestagswahlen werden zeigen, inwieweit es gelungen ist, die Menschen in der Bundesrepublik an die Demokratie heranzuführen. Wir werden erfahren, ob die Masse der Wähler gelernt hat, die Schaumschläger von den Politikern zu unterscheiden und ob die reaktionären Gefühlsduseleien und die nationalistischen Ressentiments zugkräftiger sind als der Appell an die Vernunft und die Sorge um den Fortbestand unseres jungen demokratischen Staatswesens. In einer Situation wie der heutigen drängen sich einem zwangsläufig Vergleiche mit der Entwicklung der politischen Parteien vor und nach dem ersten Weltkriege auf. Wir erlebten es in der Weimarer Republik, daß die staatstragenden Mittelparteien der Koalition von rechts und links so erfolgreich bekämpft wurden, daß sie sich in der Regierung allmählich abnutzten und schließlich an die Wand gedrückt wurden. Die Folgen waren grauenhaft. So kurz vor der Wahl ist es deshalb besonders lehrreich, die Ereignisse der vergangenen Jahrzehnte noch einmal an seinem geistigen Auge vorüberziehen zu lassen.

Die bis zur Gegenwart fortgeführte siebente Auflage des bereits 1921 erschienenen Buches von Prof. Ludwig Bergsträsser ist jedem zu empfehlen, der an einem solchen Rückblick auf

die Geschichte der Parteien, ihre Entstehung, ihre Politik und ihre Wandlungen interessiert ist. Die Arbeit stellt einen Grundriß dar, der die charakteristischen Kennzeichen der Parteien von ihren Anfängen bis zum Jahre 1951 heraushebt und alles Unwesentliche beiseite läßt. Bergsträsser hat keine langatmige Abhandlung verfaßt, sondern eine lebendige, aus der Fülle praktischer — pädagogischer wie politischer — Erfahrungen schöpfende Geschichte der deutschen Parteien geschrieben. Im ersten Hauptteil werden die Theorien und die Entwicklung des Liberalismus bis 1848, die Theorie des Konservatismus und der Beginn konservativer Parteiarbeit sowie die geistige Grundlage des politischen Katholizismus und die Anfänge einer katholischen Parteibildung erörtert. Im zweiten Teil beschäftigt sich der Autor mit der Entwicklung der Parteien von 1848 bis zur Reichsgründung 1871. Im Anschluß daran wird die Zeit bis zum ersten Weltkrieg, dann die Situation in der Weimarer Republik und im fünften Abschnitt schließlich die Entwicklung seit 1945 geschildert. Der Leser findet nach jedem der 44 Paragraphen eine Fülle von Literaturangaben. In einem umfangreichen Anhang sind die wichtigsten Quellen zur Parteipolitik angegeben. Das Buch ist ein überaus wertvolles Hilfsmittel zur politischen Bildung. rb

FRIED WESEMANN
KURT SCHUMACHER — EIN LEBEN
FÜR DEUTSCHLAND

Herkul GmbH Verlagsgesellschaft, Frankfurt am Main
1952, 260 Seiten, Preis 8,50 DM.

ARNO SCHOLZ und
WALTHER G. OSCHILEWSKI

TURMWÄCHTER DER DEMOKRATIE

Ein Lebensbild von Kurt Schumacher.
arani Verlags-GmbH, Berlin-Grünwald 1952.

Gewißlich wird es erst die Aufgabe der Historiker sein, Wesen und Wirken *Dr. Kurt Schumachers* in Zeit und Raum zu erklären und zu beurteilen. Wir stehen noch zu sehr mitten in dem verwirrenden Fluß der Dinge, um Leidenschaft, Worte und Taten gerecht wägen zu können. Aber das Leben, das am 20. August 1952 zu Ende gegangen ist, war viel zu mitreißend, beispielhaft und entscheidend, als daß es aus der täglichen Erinnerung zurücktreten dürfte. Die Auseinandersetzungen, die es ausgefüllt haben, gehen weiter. Der Kampf um Freiheit und Demokratie, in dem Schumacher sich verzehrt hat, ist noch nicht siegreich abgeschlossen. Das Bild des großen Vorkämpfers darf nicht erlöschen.

Fried Wesemann hatte sein „Lebensbild Kurt Schumachers“ noch mit dem Lebenden durchgesprochen und den Text schon in Satz

gegeben, als der Tod das letzte Kapitel besiegelte. Hinzuzufügen waren noch der Bericht der letzten hoffnungserfüllten Wochen und eine Andeutung des starken und versöhnenden Echos, das dieser Tod bei Freund und Feind erweckte. Nur wenige Seiten erzählen von dem privaten Geschick dieses einzigartigen Mannes, der ganz und gar der Politik verschrieben war. Es ist kaum mehr, als allen politisch Interessierten längst geläufig war.

Kurt Schumacher wurde 1895 zu Kulm an der Weichsel geboren. Als Kriegsfreiwilliger verlor er schon 1914 den rechten Arm. Nach nie ganz vollkommener Heilung von vielen Wunden folgten Studien, Promotion und politische Orientierung. 1920 begann seine Redaktions- und Rednerzeit in Stuttgart. Als einer der Besten zog er 1924 in den württembergischen Landtag ein, 1930 erhielt er ein Reichstagsmandat. Seit dem Beginn seiner politischen Laufbahn ist er bei Kommunisten und Nationalsozialisten gleichermaßen verhaßt gewesen. Er nannte die Kommunisten „rotlackierte Nazis“ und den Nationalsozialismus den „Appell an den inneren Schweinehund“.

1933 beginnt der Wüstenweg zehnjähriger Haft in Konzentrationslagern, über die der Überlebende stumm bleibt. Als Zwangsaufenthalt weist ihm die Gestapo Hannover an, das ein neuer Schicksalsort für ihn wird. Noch einmal folgt im Zuge der „Gewitteraktion“ nach dem 20. Juli eine Haftzeit. Endlich bricht für den heimatlos gewordenen, von Krankheit geplagten, armen und zerschundenen Mann die Stunde einer völlig Ungewissen, auf alle Fälle aber sehr beschränkten Freiheit an. Das Vaterland ist total besiegt und fremder Gewalt unterworfen.

Repräsentant des „tausendjährigen“ Leidens in seinem Äußeren aber erhob sich dieser Verschollene und fast Vergessene zu dem gültigsten Repräsentanten deutscher Selbstbehauptung, zu physischen und geistigen Leistungen, die bald die Welt aufsehen ließen. Sieben Jahre eines oft verzweifelten Kampfes gegen körperliche Ohnmacht, ewige Schmerzen und die Folgen einer neuen Amputation verwoben sich mit der herben Unermüdlichkeit des politischen Wirkens, den entscheidenden Erfolgen des Parteiführers und Redners zum legenden- umspinnenden Bild des „Führers der Opposition“. Was er sann, sagte und entschied, wie das seine tiefen Spuren in dem mühsam erwachenden öffentlichen Leben Deutschlands und seiner „Landpfleger“ hinterließ, wie er die Trennung von den Kommunisten durchsetzte und durch sein Nein den Zerfall des Reiches in einen Staatenbund aufhielt. Wie er für neue Einheit und Gleichberechtigung wirkte, das ist die wahre Geschichte Kurt Schumachers. Sie ist zugleich ein Kernstück der deutschen Nachkriegsgeschichte. *Fried Wesemanns* Buch enthält

folgerichtig ein Lebensbild Schumachers wie das Bild der ersten Nachkriegsjahre, gesehen von jener Zentralfigur der Auseinandersetzungen und des Handelns.

Die drei Bände, die Arno Scholz und W. G. Oschilewski zur Erinnerung an den in Berlin ganz besonders verehrten Toten herausgeben, enthalten neben der Skizze des äußeren Lebensganges, vielen Fotos, den bedeutsamen Reden auch die Nachrufe, Artikel und Kommentare aus Rundfunk und Zeitungen der ganzen Welt zu Tod und Totenfeier. Sie werden mit Liebe bewahrt in den Häusern ungezählter „kleiner“ Leute, deren unüberhörbare Stimme Schumacher gewesen ist. Man mag zu dem streitbaren Oppositionsführer gestanden haben wie auch immer, sein Leben für Deutschland hat alle bereichert und alle ermutigt. Es ist das Verdienst der hier erwähnten Bücher und ihrer Autoren, die ermutigende Erinnerung an ein bezwungenes Schicksal und seine große Ausstrahlung zu aktueller Fortwirkung bewahren zu helfen.

Ernst Riggert

DR. HEINRICH STRATHUS

GRUNDLAGEN FÜR DIE BEMESSUNG DER WESTEUROPÄISCHEN VERTEIDIGUNGS-AUSGABEN

1. Teil eines Gutachtens, veröffentlicht in Heft 27, Band 1, innerhalb der Schriftenreihe des Instituts Finanzen und Steuern, Wilhelm Stollfuß Verlag, Bonn 1953, 195 Seiten.

Mit dieser Veröffentlichung hat das Institut „Finanzen und Steuern“ versucht, feste Vergleichsmaßstäbe für die Bemessung der Verteidigungsbeiträge im Sinne einer gerechten Verteilung der Lasten zwischen allen beteiligten Ländern zu erarbeiten. Die sich aus dem Aufbau eines Verteidigungssystems der westlichen Welt ergebenden gemeinsamen Lasten greifen auf Grund ihres enormen Umfanges weit in die wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Verhältnisse jedes einzelnen beteiligten Landes hinein. Die Arbeit ist im ganzen in fünf Abschnitte gegliedert und behandelt im Abschnitt I die tatsächlichen Verteidigungsausgaben, ihre Entwicklung und die Art ihrer Finanzierung für die acht größten Länder Westeuropas einschließlich der Bundesrepublik.

Im Abschnitt II hat Strathus den Versuch unternommen, einen allgemein anwendbaren Schlüssel zur Verteilung der Verteidigungslasten, der die Unterschiede der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit berücksichtigt und der ein vertretbares Maß von Progression bei der Lastenaufteilung enthält, zu finden. Der ermittelte Schlüssel wurde weiter auf die wirklichen Verteidigungsausgaben der untersuchten Länder angewandt und der Unterschied zwischen dem errechneten Soll und dem tatsächlichen Ist ermittelt. Es wurde weiterhin auf

die Verteidigungsausgaben hingewiesen, die nach Abzug der aus der auswärtigen Hilfe gedeckten Teile aus eigener Finanzkraft der untersuchten Länder aufgebracht worden sind. An Hand des Schlüssels ist auf der Grundlage der amtlichen Vorausschätzungen des Sozialproduktes der Länder auch das Soll der Verteidigungsausgaben im NATO-Jahr ermittelt worden, um damit einen Weg aufzuzeigen, wie die Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bei der Festsetzung der Verteidigungsbeiträge für diesen Zeitraum bei den bevorstehenden Verhandlungen in objektiver Weise zur Geltung gebracht werden können.

Im Abschnitt III ist eine Analyse der öffentlichen Ausgaben der einzelnen Länder nach den hauptsächlichsten Ausgabearten vorgenommen worden. Dadurch können zweifellos weitere wesentliche Gesichtspunkte für das schwierige Problem einer gerechten Verteilung gemeinsamer internationaler Lasten, vor allen Dingen der Verteidigungslasten, gewonnen werden. So schreibt Strathus in der Zusammenfassung des dritten Abschnittes, daß die Entwicklung in der nächsten Zeit auf Grund der amtlichen Voranschläge der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge einerseits und des Sozialproduktes andererseits, wie sie nur für einzelne Länder vorliegen, erkennen läßt, daß voraussichtlich auch im kommenden Fiskaljahr die Bundesrepublik die höchsten Anteilsätze der Steuer- und Sozialbelastung am Sozialprodukt beibehalten wird und daß sich die Unterschiede zu den anderen Ländern teilweise noch vergrößern werden. Damit wird ganz deutlich, daß auch vom Standpunkt der finanziellen Aufbringungsfähigkeit, gemessen an der Höhe der Steuer- und Sozialbelastung, der Aufbringung höherer Verteidigungsbeiträge oder Besatzungskosten durch die Bundesrepublik engere Grenzen gezogen sind, als dies bei allen anderen Ländern der Fall ist.

Im Abschnitt V ist, da der tatsächliche Druck der Steuerbelastung auch von der Struktur der öffentlichen Ausgaben abhängt, eine Analyse der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte vorgenommen worden, in deren Rahmen die großen Ausgangsblöcke unter Einschluß der Subventionen, der öffentlichen Investitionen, der Soziallasten und der Zinsen auf die öffentliche Schuld untersucht worden sind.

Der Verfasser dürfte mit diesem I. Teil seines Gutachtens zu einer klaren Lösung der Bemessung der gemeinsamen europäischen Verteidigungslasten beigetragen haben. Er dürfte damit vor allen Dingen auch die falsche Annahme einiger ausländischer Kreise klar widerlegt haben, die vor kurzem noch davon gesprochen haben, daß sich nach dem gegenwärtigen Stand die Verteidigungsausgaben der meisten westeuropäischen Länder nicht wesentlich steigern ließen, daß jedoch die Bundes-

republik und Belgien die einzigen westeuropäischen Länder seien, deren Verteidigungslasten noch erhöht werden könnten.

Dem hier besprochenen Teil I des Gutachtens soll in absehbarer Zeit ein Teil II folgen, worin eine eingehende Darstellung der Grundlagen und Entwicklungen des Sozialproduktes nach Entstehung und Verwendung gebracht werden soll. Die Untersuchungen des Teil II sollen nach Angaben des Institutes dazu beitragen, die Arbeiten an der Vereinheitlichung der Sozialproduktberechnungen zu fördern. -HH-

JOHN F. CRONIN

MITBESTIMMUNG IM STREIT DER MEINUNGEN

Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning, S. J. — Christian-Verlag, Bad Nauheim, 1953, 90 Seiten, Preis 3,80 DM.

Dieses in ein sehr klares Deutsch übersetzte Büchlein dürfte für Amerikaner von größerem Interesse sein als für deutsche Leser. Das ist auch durchaus verständlich, denn *Father Cronin* (vom National Catholic Welfare Council in Washington, D. C.) hat es im Auftrag des US-State Departement geschrieben und gibt deshalb ein Fünftel des Textes seinen eigenen, vielseitigen Vorschlägen hin. Der Rest der Schrift besteht aus einem Kapitel über „Geschichtliche Voraussetzungen der Mitbestimmung“, einem über „Die verschiedenen Meinungen über Mitbestimmung“ und dem Gesetz vom 21. Mai 1951 als Anhang. *Father Cronin*s Stellung erklärt wohl auch, weshalb die Hälfte des Kapitels von den verschiedenen Meinungen den Leser über den „Standpunkt der Kirchen“ unterrichtet, während Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie „Gegenströmungen“ die andere Hälfte dieses Kapitels unter sich teilen müssen.

In seinem Geleitwort meint *Prof. von Nell-Breuning*: „Trotz unvollkommener deutscher Sprachkenntnisse gelang es ihm (*Father Cronin*), sich überraschend schnell einen Überblick zu verschaffen und manche Dinge sogar ausgezeichnet scharf zu sehen.“ Das mag auch stimmen, nur muß man bedauern, daß diese Einsichten, selbst in dieser deutschen Ausgabe des Berichtes, immer nur flüchtig angedeutet sind. Das trifft z. B. von einem Absatz über den Legalismus der deutschen Arbeiterschaft zu (S. 15 f.). Jeder Nicht-Europäer oder zum mindesten jeder, der aus der anglo-amerikanischen Welt nach Deutschland kommt und hier die Dinge mit offenen Augen und Ohren betrachtet, muß der allgemein verbreitete, als

selbstverständlich aufgefaßte Wunsch, alles bis auf die geringfügigsten Einzelheiten in gesetzlichen Paragraphen möglichst auf alle Ewigkeit festzulegen, auffallen. *Father Cronin* ist es auch aufgefallen, aber er geht nicht weiter darauf ein. Deshalb verpaßt er später dann auch die Gelegenheit, dieses Phänomen mit dem Problem der eventuellen Distanzierung zwischen Arbeitern und akademisch geschulten Gewerkschaftsvertretern, dem das Schulungsprogramm der Arbeiterbewegung vorbeugen will, in Verbindung zu bringen (S. 68 ff.). Denn es ist nicht nur das Wissen vom Technischen, das eine solche Distanzierung herbeiführen könnte, sondern auch das Wissen vom Gesetz. Wenn ein selbst primitives Volk nach dem Gesetz leben will, bedarf es einer Klasse, deren besondere Aufgabe in der Auslegung des Gesetzes besteht, wie es z. B. *Max Weber* für den Fall der alten Juden gezeigt hat. Und wieviel höher muß sich dieser Bedarf in unserem komplizierten Zeitalter steigern! Solche Zusammenhänge gehen aus *Cronin*s Bericht nicht hervor, und sind wohl auch kaum davon zu erwarten. Als kurze Zusammenfassung kann dieser Bericht als wertvoll, sonst aber eben deshalb als nur ein weiterer Beitrag zu dem schon 800 Titel enthaltenden Literaturverzeichnis in diesem „Streit der Meinungen“ betrachtet werden. Denn sein Ton ist meistens auch recht akademisch, besonders in der Gegenüberstellung verschiedener Argumente. So schreibt *Cronin* z. B.: „Diese Behauptung der Gewerkschaften, die Arbeiter seien zur Überwachung der Geschäfte einer Kapitalgesellschaft nicht imstande, hat etwas für sich. Aber man sollte doch auch nicht übersehen, daß dieser Einwand sich ihrer früheren Forderung nach Menschenwürde und Freiheit entgegensetzt.“ (S. 36.) Was die Fähigkeit zur Überwachung der Geschäfte einer Kapitalgesellschaft mit Menschenwürde und Freiheit zu tun hat, erscheint rätselhaft — es sei denn, daß *Cronin* noch jetzt mit den *Philosophen* des 18. Jahrhunderts meint, daß es seine alles verstehende Vernunft sei, die dem Menschen Ansprüche auf Würde und Freiheit verleiht. Daß diese Ansicht schon längst über Bord geworfen worden ist, sollte besonders einem Amerikaner bekannt sein.

Aber selbst die akademisch-theoretische Fassung des Büchleins ist durchaus verständlich, wenn man bedenkt, daß *Cronin* seine Forschungen am 7. Mai 1951 beendete. Eine Studie des Mitbestimmungsgesetzes in der Praxis konnte er deshalb nicht verfassen. Diese muß noch geschrieben werden.

H. J. Spiro, Ph. D. Harvard